Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 30	S0046/24	24.01.2024
zum/zur		
F0016/24 – Fraktion AfD Stadtrat Kumpf		
Bezeichnung		
Rechtswidrige Verweigerung der Oberbürgermeisterin bei Anfragen von Stadträten		
Verteiler	Tag	
Die Oberbürgermeisterin	06.02.2024	

In der Fragestunde der Stadtratssitzung 07. Dezember 2023 verweigerten Sie mir wie auch anderen Stadträten mündliche Auskunft zu geben und begründeten dies mit den Worten „Anfragen, die nicht am Tag vorher eingegangen sind, werden wir nicht mündlich beantworten. Punkt.“ Dabei berufen Sie sich auf Ihre eigene und zudem falsche Interpretation einer mündlichen Vereinbarung mit den Fraktionen.

Kommunale Mandatsträger, wie es die Magdeburger Stadträte sind, haben einen Auskunftsanspruch gegenüber dem Hauptverwaltungsbeamten, dessen Stelle Sie als Oberbürgermeisterin einnehmen. Dies ist für eine ordentliche und gewissenhafte Ausübung des Mandats unerlässlich. Nicht umsonst wird dieser Auskunftsanspruch im Kommunalverfassungsgesetz eindeutig und unmissverständlich in § 43 *Rechtsstellung der Mitglieder der Vertretung* festgesetzt:

„(3) (...) Jedes ehrenamtliche Mitglied der Vertretung kann zur eigenen Unterrichtung in allen Angelegenheiten der Kommune und ihrer Verwaltung von dem Hauptverwaltungsbeamten Auskunft verlangen; **ihm muss durch den Hauptverwaltungsbeamten Auskunft erteilt werden.** Kann der Hauptverwaltungsbeamte Anfragen nicht **unverzüglich mündlich** beantworten, hat er die Auskunft binnen einer Frist von in der Regel einem Monat schriftlich zu erteilen. Ausnahmen hiervon sowie nähere Einzelheiten regelt die Hauptsatzung.“

So regelt die Hauptsatzung der Stadt Magdeburg dementsprechend in § 11 *Zuständigkeit des Oberbürgermeisters; Übertragung von Aufgaben des Stadtrates auf den Oberbürgermeister*:

„(2) Können Anfragen der Stadträte i.S.v. § 43 Abs. 3 Satz 2 KVG LSA nicht sofort mündlich beantwortet werden, so erfolgt eine schriftliche Beantwortung durch den Oberbürgermeister innerhalb einer Frist von einem Monat“

Auch die Geschäftsordnung des Stadtrates erklärt den Auskunftsanspruch der Stadträte und die sofortige mündliche Antwort des Hauptverwaltungsbeamten in § 11 *Anfragen und Erklärungen*:

„(2) Kann eine Anfrage während der Sitzung nicht sofort beantwortet werden, so muss dies schriftlich spätestens innerhalb eines Monats geschehen.“

Fraglich ist daher, wie Sie als Hauptverwaltungsbeamte darauf kommen, dass Sie aufgrund einer weder schriftlich festgehaltenen, noch in irgendeiner Art und Weise beschlossenen Vereinbarung, deren Inhalt Sie bewusst falsch interpretieren, das Kommunalverfassungsgesetz, die Hauptsatzung der Stadt Magdeburg sowie die Geschäftsordnung des Stadtrates missachten und damit grundsätzliche Rechte der Stadträte außer Kraft setzen können.

So hat das Verwaltungsgericht Magdeburg in einem ähnlich gelagerten Fall „Zum Auskunftsrecht eines Gemeinderatsmitgliedes und der Antwortpflicht des Bürgermeisters“ (VG Magdeburg,

Beschluss vom 09.11.2015 - 9 B 745/15) bereits eindeutig geurteilt, dass die von Ihnen derzeit getätigte Praxis der Nichtbeantwortung von mündlichen Anfragen rechtswidrig ist.

Zu der Anfrage nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Frage 1

Wieso verstoßen Sie bewusst gegen das Kommunalverfassungsgesetz, die Hauptsatzung der Stadt Magdeburg und die Geschäftsordnung des Stadtrates? Kann eine von Ihnen falsch interpretierte mündliche Vereinbarung mit den Fraktionen die genannten Regelungen außer Kraft setzen?

Antwort:

Keinesfalls liegt ein bewusster Verstoß von mir gegen das Kommunalverfassungsgesetz und die Regelungen der Hauptsatzung sowie der Geschäftsordnung des Stadtrates vor. In der Vergangenheit und bereits vor meiner Amtszeit hat sich in manchen Fällen eine nicht immer optimale gelebte Verfahrenspraxis eingeschlichen.

Es wird an dieser Stelle jedoch ausdrücklich von mir klargestellt, dass § 43 Abs. 3 KVG LSA Vorrang hat. Von dieser Vorschrift kann weder durch Hauptsatzung, Geschäftsordnung oder durch individuelle Absprachen zum Nachteil des jeweiligen anfragenden Stadtratsmitglieds abgewichen werden.

Frage 2

Nehmen Sie fortan Abkehr von dieser rechtswidrigen Praxis und gewähren den Stadträten von nun an die Ihnen rechtlich zustehende direkte mündliche Auskunft?

Antwort:

In der Vergangenheit erfolgte die Beantwortung von Anfragen der Stadträte stets sachgerecht und fristgemäß.

Mir sind keine Fälle bekannt, in denen Anfragen zu Unrecht nicht beantwortet wurden.

Es ist jedoch klarzustellen, dass Anfragen nicht immer unmittelbar sofort mündlich beantwortet werden können.

So sieht der Wortlaut des §§ 43 Abs. 3 S. 3 KVG LSA folgerichtig vor:

„Kann der Hauptverwaltungsbeamte Anfragen nicht unverzüglich mündlich beantworten, hat er die Auskunft binnen einer Frist von in der Regel einem Monat schriftlich zu erteilen.“

Es besteht seitens des jeweilige Stadtratsmitglieds ein Anspruch auf vollständige und richtige Auskunftserteilung.

Es ist nicht immer möglich, dem sofort durch eine mündliche Antwort gerecht werden zu können. Deswegen wird die Verwaltung in solchen Fällen gemäß § 43 Abs. 3 Satz 3 KVG i.V.m. § 11 Abs. 2 der Hauptsatzung verfahren und innerhalb eines Monats schriftlich Antwort erteilen.

Frage 3

Folgt von Ihnen eine öffentliche Entschuldigung an den Stadtrat und ein Versprechen die Rechte der Stadträte zukünftig zu achten?

Antwort:

Es handelte sich in dem Fall lediglich um eine unglückliche Formulierung in der Stadtratssitzung, mit der ich zum Ausdruck bringen wollte, dass die Frage so kurzfristig nicht mündlich beantwortet werden kann. Ich bedauere, dass es diesbezüglich zu Irritationen gekommen ist.

Die Verwaltung ist an die gesetzlichen Grundlagen gebunden und wird diese auch weiterhin selbstverständlich beachten.

Eine öffentliche Entschuldigung ist jedoch nicht angezeigt.

Frage 4

Werden Ihre Beigeordneten und die Beauftragten der Verwaltung, die zuletzt vermehrt in ähnlicher Weise gegen den Auskunftsanspruch der Stadträte verstoßen haben, von Ihnen noch einmal explizit darauf hingewiesen, dass selbige Regelungen auch für diese gelten - sei es im Stadtrat als auch in dessen angegliederten Ausschüssen?

Antwort:

Mir ist nicht bekannt, dass die Beigeordneten und die Beauftragten der Verwaltung gegen den Auskunftsanspruch der Stadträte verstoßen haben sollen.

Der Auskunftsanspruch im Sinne von § 43 Abs. 3 KVG LSA richtet sich ohnehin gegen den Hauptverwaltungsbeamten.

Ungeachtet dessen werde ich weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Verwaltung innerhalb der gesetzlichen Einmonatsfrist eine Antwort erstellt, sofern die Anfragen nicht sofort mündlich beantwortet werden können.

Frage 5

Welche rechtlichen Mittel stehen den Stadträten und den Fraktionen zur Verfügung, sollten Sie und die ihnen unterstehende Verwaltung diese widerrechtliche Praxis fortsetzen?

Antwort:

Ich gehe davon aus, dass die Rechte der einzelnen Ratsmitglieder der Fraktionen auch weiterhin gewahrt werden. Sollte sich ein Ratsmitglied oder eine Ratsfraktion dennoch in seinen organschaftlichen Rechten verletzt fühlen, kann ein sogenanntes Kommunalverfassungsverfahren geführt werden. Allerdings würde ich mir wünschen, dass Unklarheiten auch ohne dieses Verfahren ausgeräumt werden können.

Simone Borris
Oberbürgermeisterin